Information zum Verhältnis zwischen Kirche und Staat

In einem internen Schreiben informierte der stellvertretende Minister für Staatssicherheit, Rudi Mittig, über das aktuelle Verhältnis zwischen Staat und Kirche. Vorausgegangen war ein Gespräch zwischen Erich Honecker und Bischof Werner Leich.

Anfang 1988 war das Verhältnis zwischen Kirche und Staat auf einem Tiefpunkt angekommen. Die evangelische Kirche bot für zahlreiche Bürgerrechtler und Ausreisewillige einen Schutzschirm. Am 3. März 1988 empfing SED-Chef Honecker den Vorsitzenden der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitung in der DDR, den thüringischen Landesbischof Werner Leich. Dieser thematisierte bei der Gelegenheit die Regelungen zur Ausreise aus der DDR und die Unterdrückung jeglicher freien Meinungsäußerung durch die Staatssicherheitsorgane. Ungeachtet dessen setzten die Machthaber weiterhin auf die Überwachung der evangelischen Kirche durch die Staatssicherheit. Der stellvertretende Minister für Staatssicherheit, Rudi Mittig, sah zwar eine positive Entwicklung des Verhältnisses zwischen Staat und Kirche nach dem Honecker-Leich-Gespräch, befahl jedoch staatskritische Kirchenkreise weiterhin zu "disziplinieren".

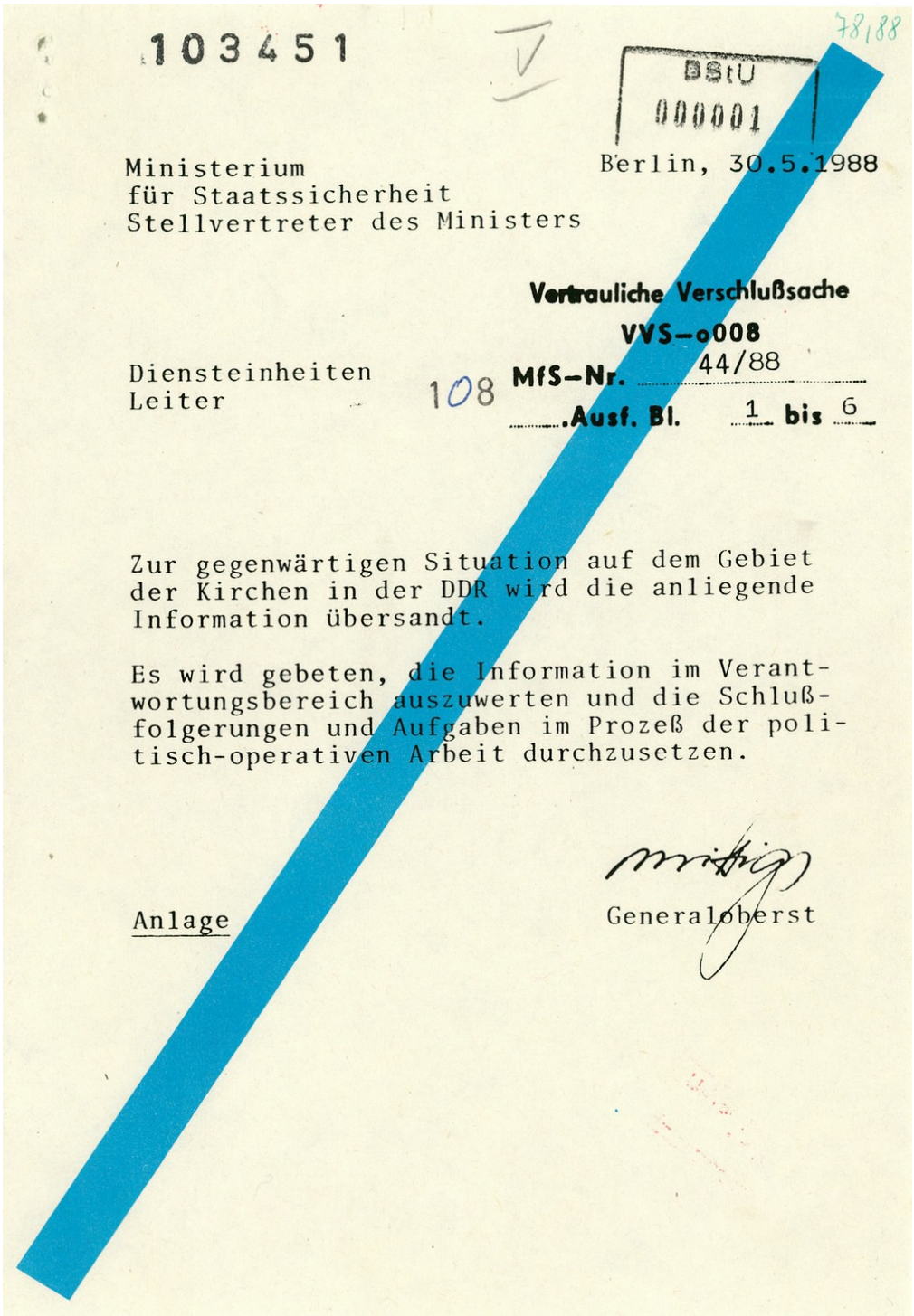
Signatur: BStU, MfS, BdL/Dok., Nr. 8592, Bl. 1-11

Metadaten

Diensteinheit: Rudi Mittig, Stellvertreter des Ministers

Datum: 30.5.1988

Information zum Verhältnis zwischen Kirche und Staat



103451

78188

BStU
000001

Ministerium
für Staatssicherheit
Stellvertreter des Ministers

Berlin, 30.5.1988

Vertrauliche Verschlußsache
VVS-o008
MfS-Nr. 44/88
Ausf. Bl. 1 bis 6

Diensteinheiten
Leiter

108

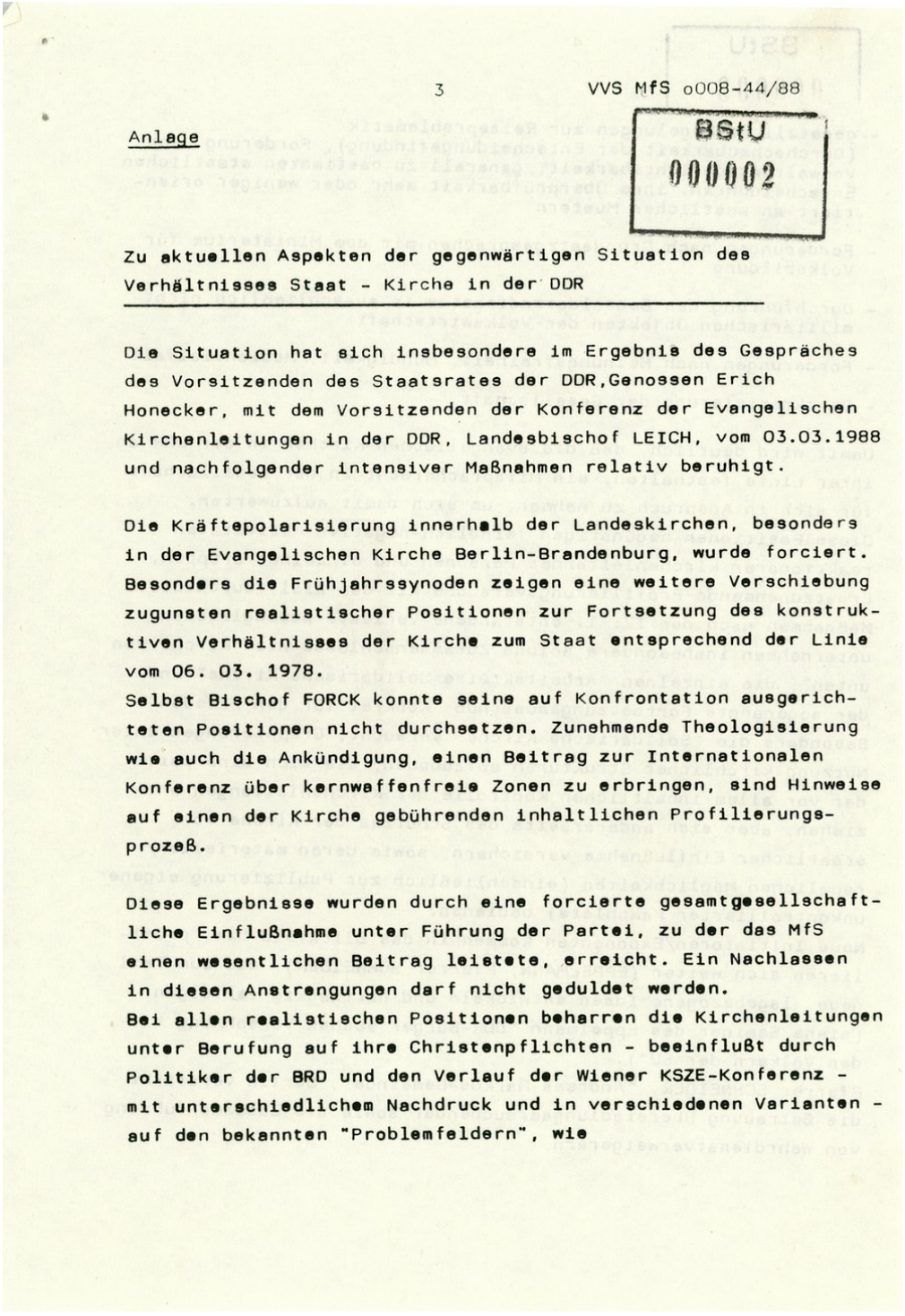
Zur gegenwärtigen Situation auf dem Gebiet der Kirchen in der DDR wird die anliegende Information übersandt.

Es wird gebeten, die Information im Verantwortungsbereich auszuwerten und die Schlußfolgerungen und Aufgaben im Prozeß der politisch-operativen Arbeit durchzusetzen.

Anlage

Generaloberst

Information zum Verhältnis zwischen Kirche und Staat



3 VVS MfS o008-44/88

BStU
000002

Anlage

Zu aktuellen Aspekten der gegenwärtigen Situation des Verhältnisses Staat - Kirche in der DDR

Die Situation hat sich insbesondere im Ergebnis des Gespräches des Vorsitzenden des Staatsrates der DDR,Genossen Erich Honecker, mit dem Vorsitzenden der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR, Landesbischof LEICH, vom 03.03.1988 und nachfolgender intensiver Maßnahmen relativ beruhigt.

Die Kräftepolarisierung innerhalb der Landeskirchen, besonders in der Evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg, wurde forciert. Besonders die Frühjahrssynoden zeigen eine weitere Verschiebung zugunsten realistischer Positionen zur Fortsetzung des konstruktiven Verhältnisses der Kirche zum Staat entsprechend der Linie vom 06. 03. 1978.
Selbst Bischof FORCK konnte seine auf Konfrontation ausgerichteten Positionen nicht durchsetzen. Zunehmende Theologisierung wie auch die Ankündigung, einen Beitrag zur Internationalen Konferenz über kernwaffenfreie Zonen zu erbringen, sind Hinweise auf einen der Kirche gebührenden inhaltlichen Profilierungsprozeß.

Diese Ergebnisse wurden durch eine forcierte gesamtgesellschaftliche Einflußnahme unter Führung der Partei, zu der das MfS einen wesentlichen Beitrag leistete, erreicht. Ein Nachlassen in diesen Anstrengungen darf nicht geduldet werden.
Bei allen realistischen Positionen beharren die Kirchenleitungen unter Berufung auf ihre Christenpflichten - beeinflußt durch Politiker der BRD und den Verlauf der Wiener KSZE-Konferenz - mit unterschiedlichem Nachdruck und in verschiedenen Varianten - auf den bekannten "Problemfeldern", wie

Signatur: BStU, MfS, BdL/Dok., Nr. 8592, Bl. 1-11

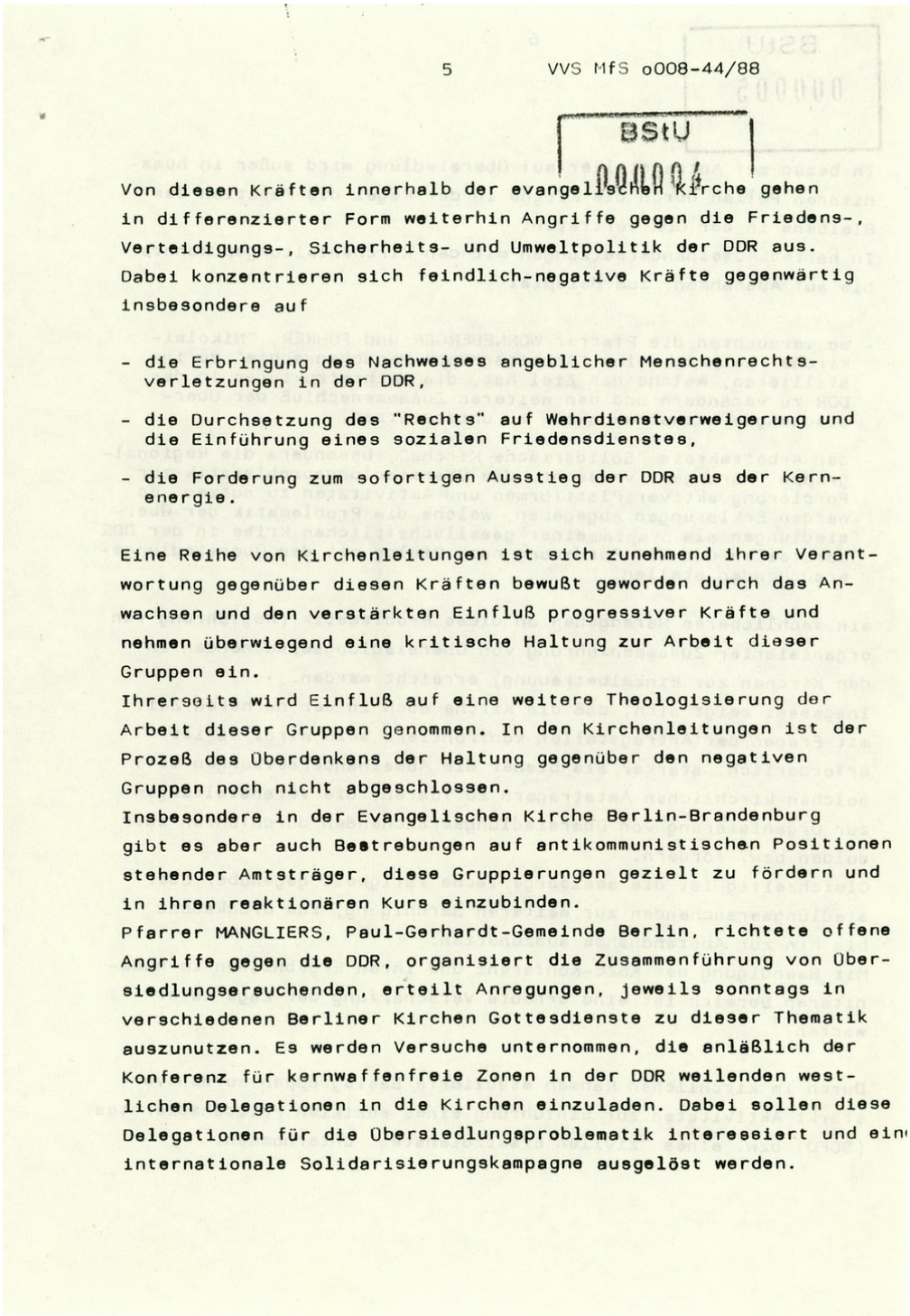
Information zum Verhältnis zwischen Kirche und Staat

BStU
000003

- gesetzliche Regelungen zur Reiseproblematik (Durchschaubarkeit der Entscheidungsfindung), Forderung nach Verwaltungsgerichtsbarkeit, generell zu bestimmten staatlichen Entscheidungen, ihre Überprüfbarkeit mehr oder weniger orientiert an westlichen Mustern
- Forderungen nach Grundsatzgesprächen mit dem Ministerium für Volksbildung
- Durchführung des Bausoldatendienstes in ausschließlich nichtmilitärischen Objekten der Volkswirtschaft
- Forderungen nach Meinungsfreiheit, Mündigkeit, Medienvielfalt
- Demokratisierung der Gesellschaft.

Damit wird deutlich, daß die evangelischen Kirchen in der DDR an ihrer Linie festhalten, ein Mitspracherecht in der Gesellschaft für sich in Anspruch zu nehmen, um sich damit aufzuwerten.
Diese Positionen begünstigen feindlich-negative Aktivitäten reaktionärer kirchenleitender Personen und einzelner Gruppen.
Ernstzunehmende Profilierungsversuche mit dem Ziel, durch die Maßnahmen nach dem 17. 1. entstandene Verluste auszugleichen, unternehmen insbesondere solche Zusammenschlüsse wie "Kirche von unten", die einzelnen "Arbeitskreise Solidarische Kirche" und der sogenannte Fortsetzungsausschuß "Konkret für den Frieden".
Besonders die "Solidarische Kirche" versucht, Gruppierungen unter Nutzung kirchlicher Strukturen aufzubauen, die sich einerseits der vor allem inhaltlichen Kontrolle der Kirchenleitungen entziehen, aber sich andererseits des Schutzes der Kirche vor staatlicher Einflußnahme versichern, sowie deren materiellen/räumlichen Möglichkeiten (einschließlich zur Publizierung eigener unkontrollierter Pamphlete) bedienen.
Neue Initiatoren/Exponenten kommen in das Blickfeld bzw. profilieren sich weiter (EPPELMANN, Pfarrer SCHNEIDER), die zum Teil neue, lagebezogene Ideen entwickeln und hartnäckig verfolgen (siehe Seminar des Eppelmann "DDR-Bürger suchen Versöhnung mit den Völkern der SU").
Pfarrer SCHNEIDER, "Andreas-Markus-Gemeinde", Berlin verstärkt die Betreuung Übersiedlungsersuchender sowie die Zusammenführung von Wehrdienstverweigerern.

Information zum Verhältnis zwischen Kirche und Staat



5 VVS MfS o008-44/88

BStU 000004

Von diesen Kräften innerhalb der evangelischen Kirche gehen in differenzierter Form weiterhin Angriffe gegen die Friedens-, Verteidigungs-, Sicherheits- und Umweltpolitik der DDR aus. Dabei konzentrieren sich feindlich-negative Kräfte gegenwärtig insbesondere auf

- die Erbringung des Nachweises angeblicher Menschenrechtsverletzungen in der DDR,
- die Durchsetzung des "Rechts" auf Wehrdienstverweigerung und die Einführung eines sozialen Friedensdienstes,
- die Forderung zum sofortigen Ausstieg der DDR aus der Kernenergie.

Eine Reihe von Kirchenleitungen ist sich zunehmend ihrer Verantwortung gegenüber diesen Kräften bewußt geworden durch das Anwachsen und den verstärkten Einfluß progressiver Kräfte und nehmen überwiegend eine kritische Haltung zur Arbeit dieser Gruppen ein.
Ihrerseits wird Einfluß auf eine weitere Theologisierung der Arbeit dieser Gruppen genommen. In den Kirchenleitungen ist der Prozeß des Überdenkens der Haltung gegenüber den negativen Gruppen noch nicht abgeschlossen.
Insbesondere in der Evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg gibt es aber auch Bestrebungen auf antikommunistischen Positionen stehender Amtsträger, diese Gruppierungen gezielt zu fördern und in ihren reaktionären Kurs einzubinden.
Pfarrer MANGLIERS, Paul-Gerhardt-Gemeinde Berlin, richtete offene Angriffe gegen die DDR, organisiert die Zusammenführung von Übersiedlungsersuchenden, erteilt Anregungen, jeweils sonntags in verschiedenen Berliner Kirchen Gottesdienste zu dieser Thematik auszunutzen. Es werden Versuche unternommen, die anläßlich der Konferenz für kernwaffenfreie Zonen in der DDR weilenden westlichen Delegationen in die Kirchen einzuladen. Dabei sollen diese Delegationen für die Übersiedlungsproblematik interessiert und ein internationale Solidarisierungskampagne ausgelöst werden.

Signatur: BStU, MfS, BdL/Dok., Nr. 8592, Bl. 1-11

Information zum Verhältnis zwischen Kirche und Staat

BStU
000005

In bezug auf Antragsteller auf Übersiedlung wird außer in humanitären Fällen durch die Kirche in der Regel die Position des Bleibens in der DDR vertreten.
In harten Auseinandersetzungen mit den Kirchenleitungen konnte bis auf Ausnahmen, zum Beispiel

- so versuchten die Pfarrer WONNEBERGER und FÜHRER, "Nikolaikirche" Leipzig, eine "Arbeitsgruppe Menschenrechte" zu installieren, welche das Ziel hat, die Machtstrukturen in der DDR zu verändern und den weiteren Zusammenschluß der Übersiedlungsersuchenden aktiv zu unterstützen,

- der Arbeitskreis "Solidarische Kirche", besonders die Regionalgruppe Thüringen, versucht, die Übersiedlungsproblematik zur Forcierung aktiver Plattformen und Aktivitäten zu nutzen. Es werden Erklärungen abgegeben, welche die Problematik der Übersiedlungen als Symptom einer gesellschaftlichen Krise in der DDR darstellen und die Forderung nach Dialog mit den Übersiedlungsersuchenden stellen

ein sachlicheres Herangehen an diese Problematik (Wegführung von organisierter Zusammenführung von Übersiedlungsersuchenden in den Kirchen zur Einzelbetreuung) erreicht werden.
Insgesamt zeigt sich, daß die Kirche auch in der nächsten Zeit mit Fragen der Antragsteller konfrontiert sein wird. Es ist erforderlich, stärker als bisher die Auseinandersetzungen mit solchen kirchlichen Amtsträgern zu führen, die Veranstaltungen zur Organisierung von Übersiedlungsersuchenden durchführen oder dulden bzw. fördern.
Gleichzeitig ist die seelsorgerische Tätigkeit gegenüber Übersiedlungsersuchenden zur weiteren Beruhigung, zum Druckabbau bis hin zur Abstandnahme auszunutzen.
Mit Beendigung der KSZE-Konferenz und ihren Ergebnissen im humanitären Bereich ist eine erneute Verschärfung der Lage zu erwarten.

Durch im kirchlichen Rahmen etablierte Basisgruppen wurden verstärkt Aktivitäten zur Einführung eines sozialen Friedensdienstes (SOFD) bzw. eines "zivilen Ersatzdienstes" unternommen.

Signatur: BStU, MfS, BdL/Dok., Nr. 8592, Bl. 1-11

Information zum Verhältnis zwischen Kirche und Staat

BStU
000006

(Eingaben an Partei und Regierung, das Ministerium für Nationale Verteidigung, staatliche Organe sowie an Kirchenleitungen).
Eine Teilnahme an der Konferenz für atomwaffenfreie Zonen wird angestrebt.

Es entstanden Gruppierungen, die sich mit Wehrdienstfragen befassen, in fast allen Bezirken der DDR.
Nach bisher vorliegenden Erkenntnissen bildeten sich "Regionalgruppen" ehemaliger Bausoldaten (analog kirchlicher Friedenskreise) in bisher 10 Städten der DDR. Sie treten mit politisch-negativen Angriffen gegen die Sicherheits- und Verteidigungspolitik der DDR auf und versuchen, zukünftige Grundwehrpflichtige vom Dienst in den Baueinheiten zu überzeugen. Einzelne feindlich-negative Kräfte proklamieren auch die Totalverweigerung und berufen sich auf die Empfehlung der UNO-Menschenrechtskommission vom März 1987 (Der bestehende "Freundeskreis Totalverweigerer" in der DDR umfaßt ca. 45 Personen).
Bestrebungen zur Vernetzung der in der DDR bestehenden Gruppen (Durchführung überregionaler Treffen) sowie zur internationalen Einbindung (Anschreiben westlicher Botschaften mit Forderungen nach Freilassung von Wehrdienstverweigerern) sind unübersehbar.

Im Zusammenhang mit dem 1. Mai hat sich gezeigt, daß mit differenzierten, personenbezogenen operativen Maßnahmen unter Ausschöpfung der rechtlichen Möglichkeiten eine erfolgreiche Bekämpfung organisierter Formen der Wehrdienstverweigerung möglich ist.
Operativ in Rechnung zu stellen ist, daß über die Wehrdienstablehnung hinaus oppositionelle Aktivitäten zur Durchsetzung weitergehender politischer Forderungen entwickelt werden (Überwindung gesellschaftlich "erstarrter" Strukturen, Veränderung zwischenmenschlicher Beziehungen usw.). Mit einer weiteren Ausdehnung derartiger Aktivitäten muß gerechnet werden.

In der Diskussion zum Dokument SED - SPD durch evangelische kirchliche Kreise wird von der angeblichen grundsätzlichen Diskrepanz der Außen- und Innenpolitik der DDR ausgegangen.

Signatur: BStU, MfS, BdL/Dok., Nr. 8592, Bl. 1-11

Information zum Verhältnis zwischen Kirche und Staat

BStU
000007

Deshalb wird dieses Dokument als innenpolitisches Instrument zur ideologie- und systemindifferenten Dialogführung betrachtet und als ein geeignetes Mittel angesehen, um mit dem Staat einen ständigen Dialog "zu ungelösten Fragen" (wie zum Beispiel zur Obersiedlungsproblematik, zur Wehrdienstverweigerung und angeblich nicht realisierten Chancengleichheit im Bildungswesen usw.) zu führen.

Die Anwendung des Dokumentes als ein Instrumentarium in den Beziehungen zwischen Kirche und Staat wird insbesondere von SPD-Mitgliedern in kirchenleitenden Funktionen (SCHMUDE, RAU, EPPLER) angeregt und empfohlen. Deren Einreisen und Wirken seit September 1987 in der DDR und nicht zuletzt die vorgesehene Teilnahme von EPPLER, BAHR und SCHMIDT an Kirchentagen in der DDR

03. 06. - 05. 06. 1988 in Görlitz
10. 06. - 12. 06. 1988 in Erfurt
16. 06. - 19. 06. 1988 in Rostock
23. 06. - 26. 06. 1988 in Halle

standen und stehen im Zeichen der praktischen Anwendung dieses Dokuments auf die Beziehungen zwischen Staat und Kirche in der DDR.

Die SPD geht davon aus, mit Hilfe des Dokumentes als Berufungsgrundlage langfristig günstige Wirkungsmöglichkeiten für die im Rahmen der Kirche agierende innere Opposition zu schaffen. Von diesen Bestrebungen sind die Einreisen führender, besonders in kirchlichen Funktionen gebundener Kräfte der SPD, einschließlich ihrer vorgesehenen Teilnahme an Kirchentagen, gekennzeichnet. Die entsprechenden operativen Maßnahmen sind konsequent an den politischen Erfordernissen und Orientierungen der Partei auszurichten. Ebenso zu beachten ist die Kontaktpolitik der anderen etablierten Parteien der BRD CDU, CSU, FDP gegenüber den Kirchenleitungen und ihren Repräsentanten (FORCK, STOLPE, DEMKE, EPPELMANN).

Information zum Verhältnis zwischen Kirche und Staat

BStU
000008

VVS MfS o008-44/88

Realisiert wird sie vor allem über den "Polittourismus" (Siehe Treffen WILLMS, Europaparlament, SOSSMUTH u.a.). Die ideologische Plattform, die beiden Seiten als Basis dient, ist ihr Selbstverständnis von der "Einheit Deutschlands" und der Notwendigkeit, die Grenzen zu überwinden, "Notwendigkeit innerer Öffnung" und Dialog mit Anderedenkenden/Kritikern des "Systems".

Die Leitung der katholischen Kirche in der DDR, die "Berliner Bischofskonferenz", strebt in jüngster Zeit im Gegensatz zu ihrer bisherigen Praxis eine stärkere Einflußnahme auf die gesellschaftlichen Verhältnisse in der DDR an.
Damit wird dem Grundkonzept des Papstes, dem Katholizismus weltweit als entscheidende gesellschaftliche Kraft zum Durchbruch zu verhelfen, verstärkt Rechnung getragen. Dieses Konzept ist objektiv geeignet, oppositionelles Potential unter der Flagge der katholischen Kirche zu mobilisieren.

Ausgehend von einer veränderten Haltung der "katholischen Weltkirche" zur Stellung des Laien in der Kirche, kommt der leitende katholische Klerus zu der Schlußfolgerung, daß er das Recht und die Pflicht hat, zu politischen Fragen der Gegenwart in unserem Land Stellung zu beziehen. Dies sei auch deshalb nötig geworden, da von den Auseinandersetzungen der jüngsten Zeit auch Katholiken betroffen wurden.
Dabei sei nicht beabsichtigt, sich mit der evangelischen Kirche zu solidarisieren oder in der Öffentlichkeit strittige Fragen zu diskutieren, sondern im Gespräch mit den kompetenten Vertretern des Staates auf bestehende Probleme hinzuweisen.
Ausdruck hierfür ist die Verbalnote von Kardinal MEISNER, die am 09. 03. 1988 der Regierung der DDR zugeleitet wurde und die u. a. folgende Problemfelder anspricht:

Signatur: BStU, MfS, BdL/Dok., Nr. 8592, Bl. 1-11

Information zum Verhältnis zwischen Kirche und Staat

BStU
000009

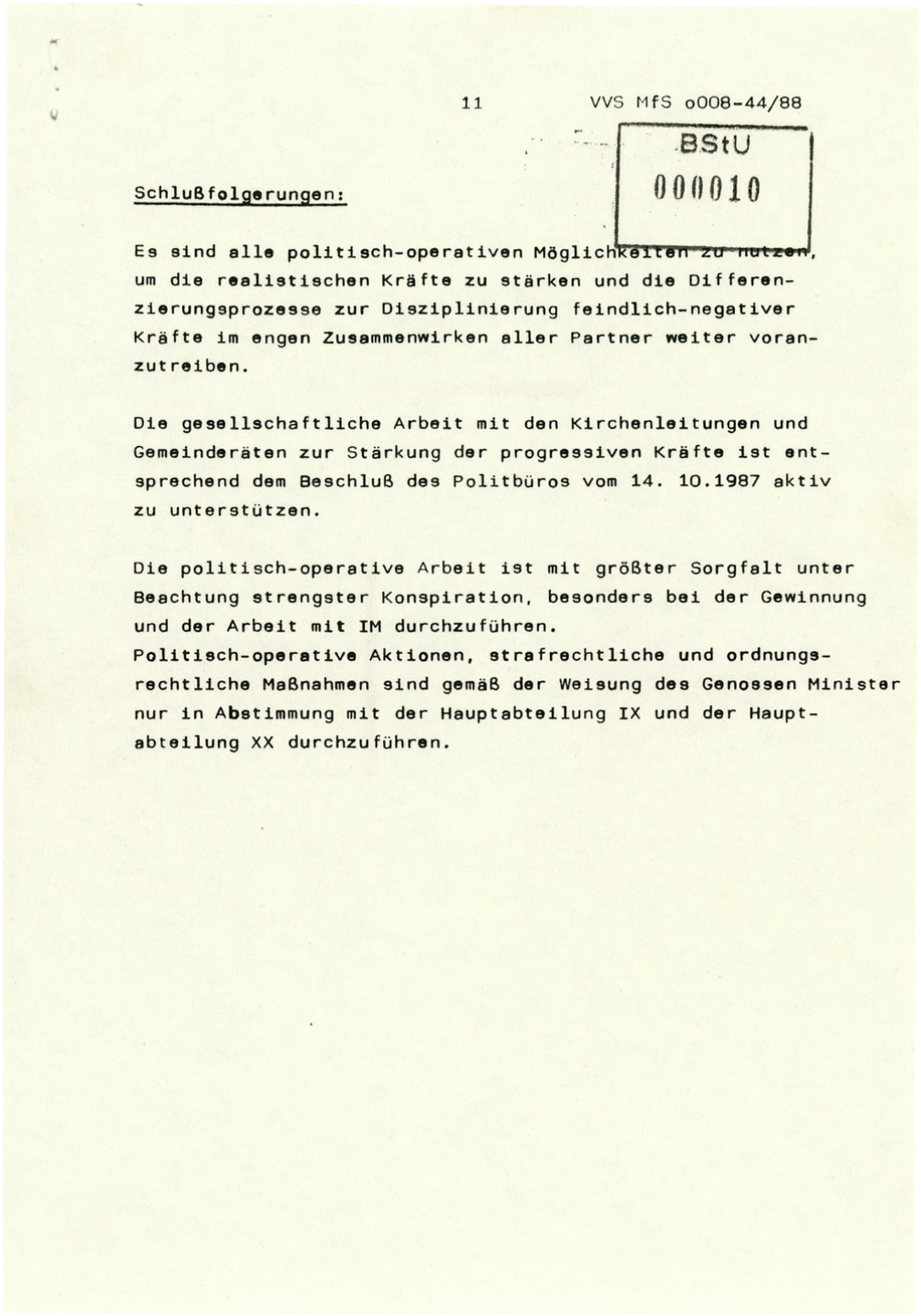
- das Genehmigungsverfahren bei Besucherreisen
- die Zulassungspraxis für Hochschul- und Berufsbildung
- den zivilen Wehrersatzdienst
- die Familienzusammenführung und Ausreisepraxis.

In einem Gespräch mit dem Staatssekretär für Kirchenfragen, Genossen GYSI, am 25. 04. 1988 machte Kardinal MEISNER deutlich, daß er die gesamtgesellschaftlichen Probleme verstärkt ansprechen werde und bereit sei, interne Lösungen zu akzeptieren sowie mit diesen Problemen nicht an die Öffentlichkeit zu gehen.
Der katholische Klerus befürchtet in offenen Auseinandersetzungen mit dem Staat einen Substanzverlust unter den Gläubigen.
Deshalb sind die Bischöfe zum Taktieren bereit. Außerdem besteht der Wunsch der Bischöfe und des Papstes, daß dieser die DDR besucht.
Dabei wird versucht, die dafür notwendigen Voraussetzungen zu umgehen, insbesondere die Regelung der Bistumsgrenzen entsprechend den Staatsgrenzen offen zu lassen.
Bisher ist die Bildung von Gruppierungen analog der evangelischen Kirche nicht erkennbar. Allerdings liegen beachtenswerte Hinweise über Zusammenwirken evangelischer und katholischer Gruppen an der Basis (siehe Verbindungsaufnahmen ESG - Katholische Studentengemeinden) unter Umgehung der jeweiligen Leitungen vor.

Ausgehend von dieser Situation ist es notwendig, die politisch-operative Arbeit auf der Linie katholische Kirche weiter zu qualifizieren, vor allem die inoffizielle Basis zu verstärken, um im Sinne unserer Politik verstärkt Einfluß ausüben zu können und Pläne und Absichten rechtzeitig zu erkennen und vorbeugend zu verhindern.

Die operative Arbeit ist auf diese veränderte Konstellation entsprechend auszurichten.

Information zum Verhältnis zwischen Kirche und Staat



BStU
000010

Schlußfolgerungen:

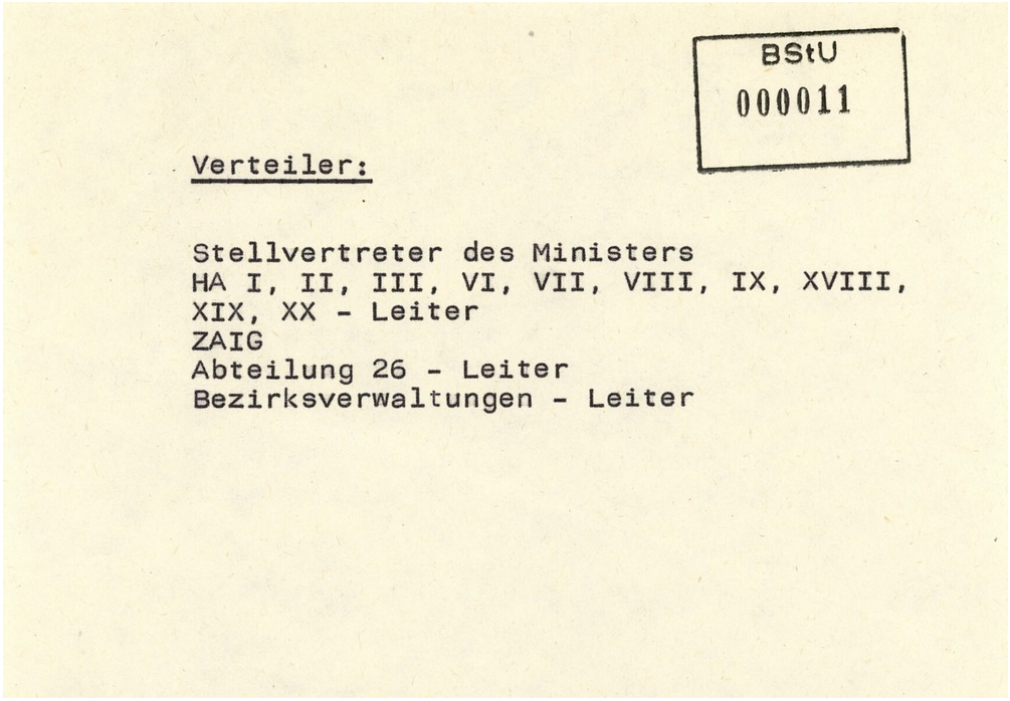
Es sind alle politisch-operativen Möglichkeiten zu nutzen, um die realistischen Kräfte zu stärken und die Differenzierungsprozesse zur Disziplinierung feindlich-negativer Kräfte im engen Zusammenwirken aller Partner weiter voranzutreiben.

Die gesellschaftliche Arbeit mit den Kirchenleitungen und Gemeinderäten zur Stärkung der progressiven Kräfte ist entsprechend dem Beschluß des Politbüros vom 14. 10.1987 aktiv zu unterstützen.

Die politisch-operative Arbeit ist mit größter Sorgfalt unter Beachtung strengster Konspiration, besonders bei der Gewinnung und der Arbeit mit IM durchzuführen.
Politisch-operative Aktionen, strafrechtliche und ordnungsrechtliche Maßnahmen sind gemäß der Weisung des Genossen Minister nur in Abstimmung mit der Hauptabteilung IX und der Hauptabteilung XX durchzuführen.

Signatur: BStU, MfS, BdL/Dok., Nr. 8592, Bl. 1-11

Information zum Verhältnis zwischen Kirche und Staat



Signatur: BStU, MfS, BdL/Dok., Nr. 8592, Bl. 1-11

Blatt 11